Angaben zur Person für den Vorschlag als Ehrenamtliche/r Richter/in der Sozialgerichtsbarkeit Bitte in Druckschrift ausfüllen und im Original zurückreichen.

Name, Vorname		
Akademischer Titel		
Geburtsdatum		
Wohnanschrift		
Derzeitige berufliche Tätigkeit (Bei Beamten und Angestellten des Bundes/Landes bitte genaue		
Aufgabenbeschreibung.)		
Bezeichnung und Anschrift des Arbeitgebers		
Arbeitsort		
Telefon privat mobil dienstlich		
E-Mail		
Geplante Veränderungen (Umzug, Wechsel von Arbeitgeber oder Arbeitsort) und Zeitpunkt		
Ich bekleide folgende Ehrenämter		
Zutreffendes bitte ankreuzen		
Ich besitze die deutsche Staatsangehörigkeit		☐ ja ☐ nein
Von mir sind oder waren sozialgerichtliche Verfahren am Sozialgericht bzw. Landessozialgericht anhängig. Falls ja: Aktenzeichen		☐ ja ☐ nein
Ich bin (stellv.) Vorstandsmitglied, (stellv.) Geschäftsführer/in eines Trägers oder Verbandes der Sozialversicherung, der Kassen(zahn)ärztlichen Vereinigung oder der Bundesanstalt für Arbeit.		☐ ja ☐ nein
Ich bin Bedienstete/r eines Trägers oder Verbandes der Sozialversicherung, der Kassen(zahn)ärztlichen Vereinigung oder der Bundesanstalt für Arbeit oder des Landesamtes für soziale Dienste.		☐ ja ☐ nein
Ich bin dienstlich mit den Angelegenheiten des SGB XII befasst.		☐ ja ☐ nein
Ich bin dienstlich mit den Angelegenheiten des SGB II befasst.		☐ ja ☐ nein

Ich versichere, dass die oben gemachten Angaben der Wahrheit entsprechen und ich:

- a) nicht infolge Richterspruchs die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter verloren habe.
- b) nicht wegen einer vorsätzlichen Tat zu einer Freiheitsstrafe von mehr als sechs Monaten rechtskräftig verurteilt worden bin,
- c) nicht wegen einer Tat angeklagt bin, die den Verlust der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter zur Folge haben kann,
- d) nicht infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über mein Vermögen beschränkt bin,
- e) nicht in Vermögensverfall geraten bin und
- f) das Wahlrecht zum Deutschen Bundestag besitze.

Erklärung nach § 44a DRiG

Hiermit erkläre ich im Sinne des § 44a DRiG, dass ich nicht

- a) gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder der Rechtsstaatlichkeit verstoßen habe,
- b) wegen einer T\u00e4tigkeit als hauptamtliche/r oder inoffizielle/r Mitarbeiter/in des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik im Sinne des \u00a3 6 Abs. 4 des Stasi-Unterlagen-Gesetzes vom 20. Dezember 1991 (BGBI I S. 2272) oder als eine diesen Mitarbeiter/innen nach \u00a3 6 Abs. 5 des Stasi-Unterlagen-Gesetzes gleichgestellten Person f\u00fcr das Amt einer/s ehrenamtlichen Richter/in nicht geeignet bin.

§ 6 des Stasi-Unterlagen-Gesetzes (StUG - auszugsweise)

Abs. 4: Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes sind hauptamtliche und inoffizielle Mitarbeiter.

- Hauptamtliche Mitarbeiter sind Personen, die in einem offiziellen Arbeits- oder Dienstverhältnis des Staatssicherheitsdienstes gestanden haben und Offiziere des Staatssicherheitsdienstes im besonderen Einsatz.
- Inoffizielle Mitarbeiter sind Personen, die sich zur Lieferung von Informationen an den Staatssicherheitsdienst bereit erklärt haben.

Abs.5: Die Vorschriften über Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes gelten entsprechend für

- 1. Personen, die gegenüber Mitarbeitern des Staatssicherheitsdienstes hinsichtlich deren Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst rechtlich oder faktisch weisungsbefugt waren.
- 2. Inoffizielle Mitarbeiter des Arbeitsgebietes 1 der Kriminalpolizei der Volkspolizei

Ich verpflichte mich, jede Veränderung in den vorstehend von mir angegebenen Verhältnissen (Namensänderung bei Heirat, Änderung des Wohn- oder Dienstortes, Wechsel des Arbeitgebers, Übernahme anderer dienstlicher Tätigkeiten etc., unverzüglich dem Landessozialgericht Sachsen-Anhalt anzuzeigen.

Ort, Datum	Unterschrift